



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Zuwanderung: Die Weichen müssen jetzt gestellt werden

Deutscher Verband

Zuwanderung muss als Daueraufgabe von Stadtentwicklung und Wohnungspolitik aufgegriffen, strukturiert und finanziert werden.

www.deutscher-verband.org

Die derzeitige Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland sorgt jeden Tag für neue Schlagzeilen. Aktuell werden für Erstunterbringung und Versorgung enorme Anstrengungen unternommen. Bald müssen jedoch für die bleibenden Flüchtlinge andere Fragen in den Vordergrund rücken: Wie können wir die vielen Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund in die Gesellschaft integrieren? Dies betrifft alle ausländischen Zuwanderer, deren Zahl seit 2010 kontinuierlich steigt und bis letztes Jahr mehrheitlich durch EU-Ausländer geprägt war. Angesichts der aktuellen Stärke und der sehr unterschiedlichen Herkunftsländer hat die Zuwanderung heute eine völlig neue Dimension. Damit muss sich die Gesellschaft jetzt auseinandersetzen. Wir müssen dafür mit den Zuwanderern ins Gespräch kommen, um ihnen unser Leben, unseren Wertekanon und unser Rechtssystem zu erklären. Denn erst wenn diese die Unterschiede begreifen und wenn wir wiederum die Unterschiede in ihrem Leben begreifen, können wir miteinander auskommen. Das ist mehr, als nur die deutsche Sprache zu lernen.

AKTIVE INTEGRATION Dazu benötigen wir in städtischen Quartieren mit besonders hoher Zuwanderung ein aktives und vernetztes Integrationsmanagement. Integrationslotsen sollten dauerhaft bleibende Zuwanderer bei der Eingliederung in ihr neues Lebensumfeld begleiten, Sprachkurse, Kinderbetreuung, Schulstrukturen, Jugendarbeit, Ausbildungsmöglichkeiten und den Zugang zum Arbeitsmarkt vermitteln. Dabei müssen auch Anforderungen an die Zuwanderer selbst gestellt werden, damit sie zentrale Gepflogenheiten und Rechtsgrundlagen anerkennen, nach denen das Zusammenleben im Quartier, in der unmittelbaren Nachbarschaft oder in Mehrfamilienhäusern funktioniert. In den Stadtteilen müssen vernetzte Strukturen die vielfältigen Aktivitäten organisieren. Ebenso müssen die Anwohner in die Integrationsprozesse direkt einbezogen werden.

Darüber hinaus ist entscheidend, schnell zusätzlichen „normalen“ Wohnraum zu schaffen, damit die Menschen ihre Privatsphäre zurückgewinnen und wirklich „ankommen“ können. Da die meisten Migranten auf der Suche nach Arbeit und Familienanschluss vorrangig in die städtischen Wachstumsräume ziehen, wo Wohnraum bereits heute knapp und teuer ist, muss dort dringend mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Die Verdopplung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung ist ein erstes richtiges Signal. Angesichts des akuten Flüchtlingsstroms sind aber weitere Investitionszuschüsse durch den Bund notwendig, um den Bau von mindestens 100.000 zusätzlichen Wohnungen im preiswerten Segment zu fördern. Ergänzend sollten durch eine Wiedereinführung des § 7 k EStG erhöhte steuerliche Abschreibungen den Bau preiswerter Wohnungen anregen. Zur Entspannung der städtischen Wohnungsmärkte darf aber nicht nur für Flüchtlinge oder Empfänger von Sozialleistungen gebaut werden, sondern für breite Bevölkerungsschichten.

Um die Integration der Zuwanderer erfolgreich zu bewältigen, müssen Sozial-, Beschäftigungs-, Bildungs-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik von Anfang an Hand in Hand arbeiten. Die generelle Zielsetzung aller Aktivitäten muss es sein, die Zuwanderung als eine dauerhafte Aufgabe anzuerkennen, die strukturiert, finanziert und – im besten Sinne in Richtung guter Routine – zu lösen ist. Hierfür ist dringend eine vertiefte fachwissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Herausforderungen von Integration notwendig. Dazu regt der Deutsche Verband an, eine Fachkommission oder Arbeitsgruppe einzurichten. «



Dr. Irene Wiese-von Ofen ist Ehrenpräsidentin des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

Dr. Irene Wiese-von Ofen, Essen